



Niederschrift 50. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 18.09.2013
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold DIE LINKE Vertretung für: Herrn Kaminski,
Peter

Frau Birgit Müller DIE LINKE
Herr Günter Anger CDU Vertretung für: Herrn Heinzel, Horst
CDU/ANW

Herr Peter Schüler Bündnis 90/Die
Grünen

Herr Stefan Becker FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß CDU

sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff Bündnis 90/Die
Grünen

Frau Sabine Gräf SPD
Herr Uwe Stab SPD

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Beigeordneter GB 1

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Horst Heinzel	CDU	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Marcel Rosteck	FDP	entschuldigt
Herr Torsten Kalweit	CDU	entschuldigt
Herr Ingo Korne	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Hannelore Mehls	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat	entschuldigt

Schriftführer/in:

Herr Mathias Jeske

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.08.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

- 4 Präsentation "Kommunale Verschuldungsdiagnose"
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen, Mittelbrandenburgische
Sparkasse

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Sitzungskalender 2014
Vorlage: 13/SVV/0416
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.2 Satzung über eine Übernachtungsteuer
Vorlage: 13/SVV/0503
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
 - 5.3 Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0282
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
 - 5.4 Tourismusticket

- Vorlage: 13/SVV/0136
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.5 Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2013/2014
Vorlage: 13/SVV/0507
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 5.6 Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)
Vorlage: 13/SVV/0308
Fraktion DIE LINKE
- 5.7 Errichtung eines Havelstrandbades Potsdam - West
Vorlage: 13/SVV/0540
Fraktion CDU/ANW
- 5.8 Bildende Kunst in Depots
Vorlage: 13/SVV/0400
Fraktion DIE LINKE
- 5.9 Anhebung Kosten der Unterkunft
Vorlage: 13/SVV/0433
Fraktion Die Andere
- 5.10 Innovative Wohnprojekte fördern
Vorlage: 13/SVV/0494
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
- 5.11 Kein Verkauf ohne Bedingungen
Vorlage: 13/SVV/0495
Fraktion SPD
- 5.12 Potsdamer Partnerstädte
Vorlage: 13/SVV/0401
Fraktion DIE LINKE
- 5.13 Zielprämien für schnellere Straßenarbeiten im Straßenhauptnetz
Vorlage: 13/SVV/0403
Fraktion DIE LINKE
- 5.14 BIMA-Wohnungen
Vorlage: 13/SVV/0492
Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen
- 5.15 Angebot an Wohnraum für Studierende erweitern
Vorlage: 13/SVV/0577
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.16 Verständigung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.10.2013

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung

und Gäste zur 50. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 Ausschussmitgliedern anwesend.

Herr Dr. Wegewitz schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5.8 zurückzustellen, da Frau Dr. Seemann (Fachbereich 24 - Kultur und Museum) telefonisch darüber informierte, dass zu der Drucksache 13/SVV/0400 noch keine finanziellen Auswirkungen beziffert wurden, worüber der Ausschuss für Finanzen befinden könne.

Des Weiteren schlägt er vor die Tagesordnungspunkte 5.2, 5.3 und 5.4 sowie 5.11 zurückzustellen.

Die geänderte Tagesordnung wird ohne Einwände bestätigt.

Da keine Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift des Ausschusses für Finanzen vom 21.08.2013 bestehen, wird diese mit 4 Ja-Stimmen und 2 Stimmenenthaltungen bestätigt.

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner berichtet über die Entwicklung der Gewerbesteuer und dass die Ertragsprognose um 2 Mio. € nach unten korrigiert wurde auf 52 Mio. € Erträge im Haushaltsjahr 2013.

Vom Land Brandenburg wurde zudem eine neue Prognose für die Einkommenssteuer abgegeben, so dass hier ein Mehrertrag von ca. 2 Mio. € erwartet und der Gesamtertrag sich auf insgesamt 48,5 Mio. € belaufen wird.

Herr Exner informiert über den bestätigten Nachtrag zum Haushalt 2013, welcher am 26.09.2013 mit der Veröffentlichung in Kraft tritt und dass in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 20.11.2013 die Ergebnisprognose für den Haushalt 2013 vorgestellt wird.

Herr Dr. Wegewitz fragt, ob die zusätzlichen Mehrerträge in der Einkommenssteuer durch den Zuzug Gutverdienender Bürger zustande kommen.

Herr Exner erläutert, dass das Land Brandenburg die Anteile nicht „Gebietscharf“ berechnet, sondern großflächig. Der Grund für die

Mehrerträge sei daher nicht genau zu ermitteln.

zu 4 Präsentation "Kommunale Verschuldungsdiagnose"

Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen, Mittelbrandenburgische Sparkasse

Herr Bernd Schüring von der Mittelbrandenburgischen Sparkasse und Herr Dr. Frank Steinhoff von der Landesbank Hessen präsentieren die Kommunale Verschuldungsdiagnose, an der die Landeshauptstadt Potsdam teilgenommen hat.

Herr Anger fragt, ob der erwähnte Zinssatz für 2022 nicht ein bisschen sehr optimistisch eingeschätzt wurde.

Herr Dr. Steinhoff erläutert die Marktbasis, welche aus Angebot und Nachfrage resultiert und dass zurzeit alle Banken mit diesem Zinssatz rechnen.

Frau Gräf fragt nach dem Grund für dieses Instrument der Verschuldungsdiagnose und welchen Mehrgewinn man sich verspricht. Sie verweist auf die sehr guten Finanzberichte, welche seitens der Stadt bereits erstellt und vorgelegt werden.

Herr Exner verweist auf das Setzen von Benchmarks und das Zinsänderungsrisiko, welche hier genauer untersucht wurden und verweist auf Forwarddarlehen, welche jetzt abgeschlossen werden können. Zudem sei ein Vergleich mit über 300 Kommunen von seitens der Verwaltung nicht zu leisten gewesen.

Herr Wolff fragt danach, wie die Landeshauptstadt jetzt mit dem Ergebnis umgeht bzw. ob Entscheidungsprozesse und Entscheidungsrahmen davon abhängen.

Herr Exner informiert, dass zwar Entscheidungsprozesse mit diesen Informationen untersetzt werden, jedoch die endgültige Entscheidung mit dem Haushaltsplan durch die Stadtverordneten getroffen wird bzw. von der Kommunalaufsicht bestätigt.

Herr Becker fragt nach, ob die Instrumente des Zinsmanagements und dem Vergleich über Schnittstellen verbunden werden können.

Herr Dr. Steinhoff informiert über erste Umsetzungen in Bayern und dass bis jetzt alle Schnittstellen hergestellt werden konnten.

Herr Schüler freut sich über die positive Finanzsituation und Kreditverträge der Landeshauptstadt im Gegensatz zu den Vergleichskommunen und dass man hierdurch nicht so sehr vom Zinsänderungsrisiko abhängt.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Sitzungskalender 2014**

Vorlage: 13/SVV/0416

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dr. Wegewitz stellt den Sitzungskalender vor und weist auf die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 16.04.2014 hin, da dieser Termin in den Ferien liegt.

Herr Schüller informiert darüber, dass der Rhythmus schwer zu verschieben ist, da sonst Kollisionen mit anderen Ausschüssen zustande kommen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2014 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.2 **Satzung über eine Übernachtungssteuer**

Vorlage: 13/SVV/0503

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

- zurückgestellt -

zu 5.3 **Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 13/SVV/0282

Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

- zurückgestellt -

zu 5.4 Tourismusticket
Vorlage: 13/SVV/0136
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- zurückgestellt -

zu 5.5 Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2013/2014

Vorlage: 13/SVV/0507

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Herr Lentz (Fachbereich 35 – Kinder, Jugend und Familie) erläutert die Drucksache.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2013/2014 sowie Ausblick auf Folgejahre:

1. Bereitstellung von insgesamt 15.249 Plätzen (Jahresdurchschnitt) in Potsdam gemäß §§ 1,12 Kita- Gesetz bei 48 freien Trägern für das Kita- Jahr 2013/14. Enthalten sind 71 Plätze in drei Einrichtungen außerhalb der Bedarfsplanung. Die Verteilung der Plätze im Bedarfsplan erfolgt gemäß der Anlagen 1 bis 6 auf 115 Kindertagesstätten, 7 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi), 4 pädagogisch begleitete Spielgruppen, einer Eltern-Kind-Gruppe sowie Tagespflege.

2. Belegung von 320 Plätzen in anderen Gemeinden und Berlin durch Potsdamer Kinder.

3. Finanzierung der Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden im Planungszeitraum nur dann, wenn eine entsprechende Zustimmung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.

4. Ausbau vorhandener Einrichtungen sowie Errichtung neuer Platzkapazitäten zur bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen (§ 12 KitaG) gemäß demografischer Entwicklung und neuer Rechtslage ab 01.08.2013 (§ 24 SGB VIII) in Zusammenarbeit mit freien Trägern.

5. Herausnahme der Kita „St. Nikolai“ (Fr.-Ebert-Str. 78, 14469 Potsdam) in Trägerschaft des Diakonischen Werkes aus der Kita-Bedarfsplanung mit

Wirkung zum 01.08.2014.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.6 Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Vorlage: 13/SVV/0308

Fraktion DIE LINKE

Herr Exner erläutert die Berechnung des Bundes und die Erhöhung an den Kosten für die Unterkunft. Die „BuT“-Mittel seien zweckgebunden, von daher könne man diese auch noch im Haushaltsjahr 2014 verwenden. Die „BuT“-Mittel sollen als Ausgleich in der Schulsozialarbeit und der Hortarbeit Verwendung finden.

Frau Müller weist auf den im Hauptausschuss geänderten Antragstext hin und dass dieser übernommen werden könnte.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Hauptausschuss ~~monatlich~~ **umgehend** über den Stand der Gespräche zum Umgang mit den nicht verausgabten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 800 T €) zu informieren.

Die Entscheidung über den Umgang mit diesen nicht verausgabten Mitteln trifft die Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.7 Errichtung eines Havelstrandbades Potsdam - West

Vorlage: 13/SVV/0540

Fraktion CDU/ANW

Frau Müller weist darauf hin, dass diese Drucksache vom KOUL abgelehnt wurde.

Herr Schultheiß verweist darauf, dass es sich nur um eine Prüfung handelt.

Herr Becker merkt an, dass ein weiteres Bad, wenn auch Freibad, finanziell zurzeit nicht tragbar ist. Eine Prüfung wäre von daher auch nicht weiterhelfend.

Herr Dr. Wegewitz würde einen privaten Betreiber begrüßen und unterstützen,

jedoch für den öffentlichen Betreiber sei ein weiteres Bad zurzeit nicht finanzierbar.

Frau Müller fragt nach den Kosten einer Prüfung und weist darauf hin, dass es die Badestelle am Seminares noch gibt.

Herr Exner empfindet die Prüfung als entbehrlich, da er keine Möglichkeiten für eine Finanzierung sehe.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	0

zu 5.8 Bildende Kunst in Depots

Vorlage: 13/SVV/0400

Fraktion DIE LINKE

- zurückgestellt -

zu 5.9 Anhebung Kosten der Unterkunft

Vorlage: 13/SVV/0433

Fraktion Die Andere

- zurückgestellt -

zu 5.10 Innovative Wohnprojekte fördern

Vorlage: 13/SVV/0494

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Herr Exner erläutert die Drucksache und bringt einen Änderungsvorschlag seitens der Verwaltung ein.

Herr Becker begrüßt den Vorschlag, jedoch das Wort „anstelle“ drücke aus, das es nur nach Konzept geht, koste was es wolle.

Herr Schüler begrüßt ebenfalls den Vorschlag, denn der Kaufpreis darf nicht

entscheidend sein. Er möchte auch kein Pilotprojekt, sondern, dass grundsätzlich so verfahren wird.

Herr Exner möchte sich erst einmal ein Bild über die Machbarkeit bis Dezember machen. Konzepte für die Innenstadt seien wichtig, aber nicht um jeden Preis.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Die Stadt Potsdam unterstützt private Baugemeinschaften, die Wohnprojekte mit gemeinschaftlichen und partizipatorischen Strukturen planen. Dazu sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:~~

- ~~1. Bei Grundstücksverkäufen der Stadt Potsdam soll bei dafür geeigneten Grundstücken insbesondere in Innenstadtlage anstelle von Höchstgebotsvergaben Konzeptwettbewerbe angewendet werden.~~
 - ~~2. Der Einsatz eines städtischen Baugruppenmoderators, der Gemeinschaften bei der Realisierung von Projekten berät und begleitet.~~
 - ~~3. Die Ausschreibung von kleinteiligen Bauflächen, bei denen auch kleinere Gruppen sich beteiligen können.~~
- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob geeignete städtische Grundstücke, insbesondere in Innenstadtlage zur Verfügung stehen, die an private Baugemeinschaften, die Wohnprojekte mit gemeinschaftlichen und partizipatorischen Strukturen planen, veräußert werden können. Hierüber ist die StVV bis zur Dezember-Sitzung zu berichten.**
 - 2. Für den Fall, dass solche Grundstücke zur Verfügung stehen, soll ein Pilotverfahren durchgeführt werden, bei dem anstelle eines ausschließlichen Höchstgebotsverfahrens ein Konzeptwettbewerb stattfindet. Über dieses Ergebnis ist der StVV zu berichten.**
 - 3. Des Weiteren soll ein städtischer Baugruppenmoderator mit dem Aufgabenschwerpunkt „Förderung Baugemeinschaften“ eingesetzt werden.**
 - 4. Beim Vorhandensein solcher geeigneter Grundstücke soll möglichst die Ausschreibung kleinteiliger Bauflächen erfolgen, bei denen sich auch kleine Gruppen beteiligen können.**

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

Abstimmungsergebnis zum geänderten Antrag:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5.11 Kein Verkauf ohne Bedingungen
Vorlage: 13/SVV/0495
Fraktion SPD

- zurückgestellt -

zu 5.12 Potsdamer Partnerstädte
Vorlage: 13/SVV/0401
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Gunold erläutert die Historie des Antrages und warum vom Luisenplatz zum Rathaus gewechselt werden soll.

Herr Schultheiß stellt das Rathaus in Frage und verweist auf Plätze, an denen vielen Besucher ankommen würden.

Herr Kümmel (Fachbereich 92 – Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung) stellt klar, dass das Vorhaben nicht mangels Standort noch nicht umgesetzt wurde, sondern mangels Geld, da die 65 – 100 Tsd. € zurzeit nicht realisiert werden können.

Herr Schüler plädiert daher auf Ablehnung des Antrages, da eine Prüfung dann keinen Sinn mehr mache.

Herr Stab möchte wissen, ob es in den Partnerstädten auch eine solche Würdigung gebe.

Auch Herr Becker findet, dass die Prüfung für umsonst sei, wenn das Geld nicht da ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

zu 5.13 Zielprämien für schnellere Straßenarbeiten im Straßenhauptnetz
Vorlage: 13/SVV/0403
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Gunold erläutert die Ziele des Antrages.

Herr Praetzel (Fachbereich 47 – Grün- und Verkehrsflächen) erläutert, dass auch die Verwaltung diese Ziele verfolge. Er informiert darüber, dass Bauzeiten stark von der Witterung abhängen und der Beschaffenheit des Baugrundes sowie die

technischen Voraussetzungen, was im Vorfeld schwer planbar und wofür nur der Auftraggeber zuständig ist.

Herr Stab möchte das vorzeitige Erreichen trotzdem fördern und solche Ausnahmen müsse man im Vorfeld ausnehmen.

Herr Becker begrüßt jegliche Anreiz-Systeme.

Herr Dr. Wegewitz möchte Szenarien rechtlich geprüft wissen und stellt daher auf Bitte von Herrn Praetzel einen Änderungsantrag, welcher den Prüfungszeitraum verlängert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, durch Gewährung von Bonis oder Zielprämien die Arbeit an Baustellen auf dem Hauptnetz der Potsdamer Straßen entsprechend Berliner Vorbild zu beschleunigen. Dabei sind sowohl Baustellen in der Trägerschaft der Stadt Potsdam, der städtischen Betriebe und der Trägerschaft des Landes Brandenburg zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind der Stadtverordnetenversammlung in ~~ihrer Sitzung am 6. November 2013~~ **der März-Sitzung 2014** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Abstimmungsergebnis zum geänderten Antrag:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.14 BIMA-Wohnungen

Vorlage: 13/SVV/0492

Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Kümmel berichtet über ca. 970 Wohnungen in Drewitz und Potsdam-West, welche sich im Bestand der BIMA befinden. Bei der Pro Potsdam GmbH seien jedoch keine Mittel für den Ankauf von Wohnungen vorgesehen, da die Kernaufgabe der Wohnungsbau ist.

Herr Kümmel bringt daher einen Änderungsantrag ein.

Herr Schultheiß verweist auf die finanziellen Auswirkungen, da, siehe TLG und Blackstone, solche Immobilien meist in großen Paketen veräußert werden und begrüßt den Prüfauftrag.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, zu welchen ~~finanziellen~~ **Konditionen Rahmenbedingungen** die derzeit noch in Besitz der Bundesanstalt

für Immobilienaufgaben befindlichen Wohnungsbestände in Potsdam durch die Pro Potsdam GmbH erworben werden können. Dabei sind die erwarteten finanziellen Auswirkungen – auch auf den Wirtschaftsplan der Pro Potsdam – und die Effekte auf den Wohnungsmarkt oder einzelne Wohngebiete darzustellen. Der SVV ist im Dezember 2013 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 5.15 Angebot an Wohnraum für Studierende erweitern

Vorlage: 13/SVV/0577

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Erstellung eines „Konzeptes“ zur Versorgung der Studierenden mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum in Potsdam konnte in der Kürze der Zeit nicht geleistet werden.

Die Mitteilungsvorlage stellt in **Anlage 1** die aktuelle Situation und geplante Projekte dar und gibt Antworten auf die beiden Punkte, die im Beschluss explizit benannt werden. Grundlage waren u.a. Gespräche mit dem Studentenwerk.

Um einen Effekt für den späteren Mietpreis zu erzielen, müssten Grundstücke von der Landeshauptstadt zu einem geringeren Preis als dem Marktwert abgegeben werden bzw. in Erbpacht vergeben werden. Dazu werden verschiedene Modelle mit den jeweiligen Folgen unter Voranstellung nachfolgender grundsätzlicher Prämissen verglichen.

Die Bereitstellung von günstigem Wohnraum für Studenten ist Landesaufgabe. Die Förderung studentischen Wohnens wäre somit eine freiwillige Aufgabe der LHP. Die Übernahme zusätzlicher freiwilliger Aufgaben durch die LHP ist entsprechend der finanziellen Rahmenbedingungen nicht darstellbar. Dies stünde sonst - vor dem Hintergrund notwendiger pflichtiger Maßnahmen, die sich aus den Anforderungen an die LHP als wachsende Stadt ergeben - im Widerspruch zum Ziel eines investitionsorientierten Haushaltes und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer fortzusetzenden Haushaltskonsolidierung.

zu 5.16 Verständigung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.10.2013

Herr Dr. Wegewitz informiert darüber, dass bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen keine weitere Sitzung der Stadtverordneten stattfindet

und von daher keine weiteren Überweisungen folgen für die Oktobersitzung. Er schlägt vor, die Sitzung entfallen zu lassen, sofern es keine weiteren Entwicklungen in den zurückgestellten Drucksachen gibt.